



Sarah Wiener **DIEGRÜNEN/EFA**
im Europäischen Parlament
Mitglied des Europäischen Parlaments

Sarah Wiener MdEP – Europäisches Parlament - Rue Wiertz 60 -
1047 Brüssel - BELGIEN

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, ASP 08 H 140
B – 1047 Brüssel
☎ +32 2 28 45468
E-Mail: sarah.wiener@ep.europa.eu

Europäisches Parlament
1 av. du Président Schuman, WIC M03064
F – 67070 Strasbourg CEDEX
☎ +33 388 1 75468
E-Mail: sarah.wiener@ep.europa.eu

Sehr geehrter Herr Hennies, sehr geehrter Herr Bauck,

ich habe Ihre Aussendung bezüglich der neuen Pestizidverordnung gelesen (<https://www.agrar-presseportal.de/landwirtschaft/agrarpolitik/sur-aktuelle-vorschlaege-bedrohen-existenzen-und-ertraege-38002.html>) und möchte hier einige Punkte richtigstellen.

Zunächst ist entscheidend, dass die SUR dem „Niedersächsischen Weg“ nicht die finanzielle und administrative Grundlage entzieht. In der Position des Umweltausschusses ist klar verankert, dass die Mitgliedstaaten regionale Pestizidreduktionsprogramme in ihre nationalen Pläne einbeziehen müssen. Dort, wo schon gute Reduktionsmodelle gefunden wurden, bleiben diese natürlich bestehen.

Der Umweltausschuss hat außerdem kein absolutes Pestizidverbot beschlossen. In den sogenannten sensiblen Gebieten, wo die Kommission ursprünglich ein Totalverbot vorgeschlagen – und das schon vor Monaten in ihrem Non-Paper korrigiert hat –, möchte der Ausschuss lediglich die Nutzung von chemischen Pestiziden einschränken. Jegliche Pestizide aus dem Ökolandbau und biologische Pestizide, die etwa auf Mikroorganismen basieren, sind sowieso immer erlaubt.

Zudem sollen die Mitgliedstaaten weitreichende Ausnahmen für ganze Gebiete machen können, wenn das nötig ist. Das trifft zum Beispiel auf nationale Schutzgebiete zu, Landschaftsschutzgebiete und Nationalparks. Hier können die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, ob die Pestizidverordnung für das Gebiet relevant ist. **Jegliches Acker- und Dauergrünland in Landschaftsschutzgebieten Niedersachsens kann somit ausgenommen werden.**

Auch für Europaschutzgebiete, sogenannte Natura 2000-Gebiete, soll es Ausnahmen geben, wenn dort intensive Landwirtschaft betrieben wird und es keine technische Möglichkeit gibt, chemische Pestizide zu ersetzen. Diese Ausnahme kann etwa in Österreich für Weinebenen und Marillenhaine in der Wachau verhängt werden.

Angesichts dieser vielen Ausnahmen von einem Verbot zu sprechen und vor Ertragseinbußen zu warnen, ist unverständlich. Vielmehr hat der Umweltausschuss mit diesem Kompromiss versucht, eine praktikable Lösung zwischen dringenden Notwendigkeiten im Naturschutz, dem wichtigen Schutz der öffentlichen Gesundheit und Bedürfnissen der Landwirtschaft zu finden.

Der Umweltausschuss lässt zu meinem persönlichen großen Bedauern auch den Risikoindikator HRI-1 unangetastet, den die Kommission für die Bemessung der Reduktion heranziehen möchte. Dieser Indikator ist lückenhaft und erlaubt eine Scheinreduktion: Wird ein hochgefährliches Pestizid durch ein weniger gefährliches ersetzt, sieht es nach Berechnungsmethode dieses Indikators so aus, als sei der Gesamteinsatz reduziert worden, obwohl nach wie vor die gleiche Menge an Pestiziden ausgebracht wird.¹ Das ist irreführend und bringt uns langfristig nicht weiter.

Es wird kolportiert, der Umweltausschuss habe sich für höhere Reduktionsziele stark gemacht. Dabei wird außer Acht gelassen, dass diese leicht erhöhten Ziele (65% statt 50%) ausschließlich für **hochgefährliche Substitutionskandidaten** gelten, für die es schon seit Jahren eine offizielle Ersatzliste gibt. Das heißt, das Ziel, sie früher oder später ganz vom Markt zu nehmen, ist schon auf EU-Ebene beschlossen. Es handelt sich um für die Embryonalentwicklung schädliche, krebserregende oder nervengiftige Substanzen, die dringend aus dem Verkehr gezogen werden müssen (siehe EU-Verordnung²)

Für diese gefährlichen Pestizide gilt ein höheres Ziel, für alle anderen chemischen Pestizide gilt die Halbierung, die von der Kommission bereits in der Farm-to-Fork-Strategie festgeschrieben wurde. Der Umweltausschuss hat zudem die Ziele für die einzelnen Nationalstaaten noch flexibler gestaltet: So wurde der Zeitraum, ab der die Reduktion berechnet werden soll, nach hinten verschoben (von 2013-2017 anstatt 2015-2017), um die Reduktion zu erleichtern.

Länder aus Ost- oder Nordeuropa, die bislang wenig Pestizide eingesetzt oder schon stark reduziert haben, können niedriger ansetzen (bei 15% Reduktion anstatt 35%). Von strengeren Zielen zu sprechen ist dementsprechend freundlich ausgedrückt eine Halbwahrheit.

Fakt ist: Der Umweltausschuss hat sich für jährlich verpflichtende, aber kostenlose Beratungen zu Präventivmaßnahmen im Rahmen des Integrierten Pflanzenschutzes stark gemacht. **Der Umweltausschuss hat außerdem einen Artikel hinzugefügt, der besagt, dass die Mitgliedstaaten die Bäuerinnen und Bauern finanziell unterstützen müssen.** Der Agrarausschuss hat dagegen seine exklusive Kompetenz genutzt und einen Artikel zur finanziellen Unterstützung ersatzlos gestrichen. Das macht ersichtlich, wer in dieser Sache Landwirte und Landwirtinnen bei der nötigen Transformation wirklich unterstützen will.

Keine Bäuerin und kein Bauer muss Angst haben, zurückgelassen zu werden. Die Transformation in der Landwirtschaft muss dringend unterstützt werden, um diese unabhängiger von der Agrarindustrie zu machen. Zugleich dürfen wir unsere Lebensgrundlage, die Biodiversität und unsere Gesundheit (gerade unter den Bäuerinnen und Bauern) nicht länger irreparabel beschädigen.

Die Folgenabschätzung der Kommission zeigt zudem ganz klar, dass es NICHT zu massiven Ertragseinbrüchen oder einer Versorgungsknappheit kommen

¹ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/irrefuehrende-berechnung-eu-plaene-zur>

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32015R0408>

wird, wenn die Pestizidverordnung umgesetzt wird³ – auch das wird oft verdreht dargestellt. Die Mehrheit der Wissenschaftler ist sich einig: Durch die Förderung von agrarökologischen Praktiken, wie den Integrierten Pflanzenschutz, machen wir die Landwirtschaft resilient und zukunftsfit.⁴

Zuletzt: Eine Reduktion von chemischen Pestiziden ist notwendig, um natürliche Ressourcen, wie sauberes Wasser und fruchtbare Böden zu bewahren und die Gesundheit der Bäuerinnen und Bauern, ebenso wie die der Gesellschaft im Allgemeinen zu schützen. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um diese Veränderung in der EU zu erreichen? Für ein Gespräch zum Thema stelle ich mich gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen
Sarah Wiener



³ https://www.arc2020.eu/wp-content/uploads/2023/07/pesticides_sup_commission-response_art-241.pdf

⁴ <https://zenodo.org/records/7472705#.Y8fEHeKZMUo>